

Die Monatszeitung für das zahntechnische Labor

Zahntechnik im Visier	Mitarbeitergespräche (4)	Das Modell: Mehr ist Mehr	dentechnica-forum
Mögliche Geldgeber beurteilen das Zahn- techniker-Handwerk in ihren Branchenbe- richten: Lesen Sie Teil 1 einer ZT-Serie.	Wie Sie eine solch heikle Situation wie ein Kündigungsgespräch mit Bravour meistern, zeigt der letzte Teil unserer Serie.	ZTMThomas Weiler zeigt, wie man mit etwas Mehraufwand präzise Modelle herstellt und damit Kulanzarbeiten vermeiden kann.	Das VDZI-Event auf der diesjährigen IDS bietet den Laboren Entscheidungshilfen in ihrer betriebswirtschaftlichen Praxis.
ZT Politik_6	ZT Wirtschaft_11	ZT Technik_13	ZT Service_20

ANZEIGE

AUSGEZEICHNET... AUSGEZEICHNET...

... ENIGMA SYSTEM



2 FÜR 1-AKTION!
Unser
Kennenlernangebot:
1x bestellen
2x erhalten



schottlander

Schottlander GmbH
Gartenstrasse 4
59348 Lüdinghausen
Tel: 0 25 91/94 78 62
Fax: 0 25 91/94 78 63
E-Mail: service@schottlander.de

Verbesserung der durch Festzuschuss-System verursachten Situation?

VDZI geht in die Offensive

Alarmiert durch die katastrophalen Auswirkungen des Festzuschuss-Systems auf die Labore hat der VDZI konkrete Gegenmaßnahmen ergriffen und das Gespräch in Berlin gesucht

(VDZI/kh) – Einen Auftragsrückgang von über 60 %, Entlassungen und Kurzarbeit: Die jüngsten Umfrageergebnisse von VDZI und Innungen sprechen für eine existenziell bedrohliche Situation in den Dentallaboren. Schuld daran ist das Festzuschuss-System. In einem Rundschreiben an die Innungsbetriebe macht VDZI-Präsident Lutz Wolf anhand weiterer Umfrageergebnisse konkrete Ursachen für die „katastrophale Auftragslage“ aus. Es sind u.a. die schleppende Genehmigungspraxis von ei-

nen Zahlungszielen bedingt erstmals im Mai/Juni mit ansteigenden Liquiditätsflüssen zu rechnen, so der VDZI-Präsident. Hinzu kämen u. a. die Auswirkungen der Preisabsenkungen, die eine Überbrückung der Liquiditätsschwierigkeiten der Betriebe aus eigener Kraft oftmals nicht zuließe. Alles in allem sei die Lage für die Labore deshalb „weit gefährlicher einzuschätzen, als dies bei dem Reformexperiment 1998 der Fall war“. Der VDZI ist alarmiert und hat für eine schnelle Verbesserung

„Mindestvoraussetzung für eine Verbesserung“ erklärt Wolf. Deshalb sei der VDZI auch direkt an die Krankenkassen und zahnärztlichen Organisationen herantreten, um auf schnellere Genehmigung zu drängen und mit der Sammlung und Bewertung von Abrechnungsbeispielen die Abrechnungssicherheit in Labor und Praxis zu erhöhen. Diese und einige andere Maßnahmen mehr zeigen, dass von Resignation trotz aller Schwierigkeiten nicht die Rede sein kann. „Wir haben die politische und wirtschaftliche Herausforderung angenommen, dem neuen System eine Chance für den zahntechnischen Betrieb einzuräumen. An diesem Ziel halten wir fest“, signalisiert der VDZI-Präsident die Kampfbereitschaft des Verbandes. Mit den neuen Aktionen seien nun vor allem Politik, Kassen und Zahnärzteschaft gefordert. Doch auch jedes einzelne Labor könne mit umfassender Patienteninformation der Verunsicherung und damit dem weiteren Nachfragerückgang entgegenwirken. „Das ist Ihre Chance!“, appelliert Wolf an die Betriebe. VDZI-Generalsekretär Walter Winkler sieht die Überzeugungsarbeit beim Patienten gar als „zentrale Daueraufgabe über die Reformen und deren Auswirkungen hinaus“ an. Die zahntechnischen Betriebe müssten Zahnärzte und Patienten von dem Wert und Nutzen moderner Zahnersatzversorgung überzeugen, so Winkler im Interview mit der ZT.



Trafen sich im Bundesgesundheitsministerium (v.l.n.r.): Walter Winkler, Generalsekretär des VDZI, Jürgen Schwichtenberg, Präsident der FEPPD und Vizepräsident des VDZI, Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder, BMGS, Lutz Wolf, Präsident des VDZI, Franz Knieps, Leiter der Abteilung 2 im BMGS und Joachim Becker, persönlicher Referent des Staatssekretärs.

nem Großteil der Kassen, Umsetzungsschwierigkeiten in der Zahnarztpraxis (ZT berichtete) und nicht zuletzt die anhaltende Verunsicherung der Patienten. Dass sich die Engpässe in den Laboren alsbald von selbst in Luft auflösen, ist unwahrscheinlich. Denn auch wenn im März/April auf Grund der bis dahin genehmigten HKP eine Verbesserung eintreten werde, so sei durch vorgeschriebene Abrechnungswege der Zahnärzte und den damit verbunde-

nen der Situation seine Kräfte in Richtung Berlin gebündelt. Dort gab es bereits ein Gespräch mit Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder im Bundesgesundheitsministerium. Darin bat der VDZI-Präsident um Unterstützung für einen wirtschaftspolitischen Maßnahmenkatalog und vor allem für eine beschleunigte Genehmigungspraxis der Kassen, denn diese sei angesichts dessen, dass mit grundlegenden Veränderungen durch die Politik kaum zu rechnen ist, die

ZT Politik_4

Politik empört: Keine Beitragsenkung, aber mehr Geld für die Vorstände Selbstbedienungsladen Gesundheitswesen

Die Gesundheitskosten steigen, die Kassenbeiträge bleiben konstant – dennoch erhöhen sich im vergangenen Jahr Vorstände von Krankenkassen und KZVen ihre Gehälter

(kh) – Die Gesundheitsreform zwingt die Vorstände von Krankenkassen und Kassen-zahnärztlichen Vereinigungen (KZVen) erstmals für 2004 zur Veröffentlichung ihrer Gehälter. Und was da an Zahlen in der „Bild am Sonntag“ zum Vorschein kam, löste eine Welle der Empörung aus. So soll Enrico Kreuz, Vorstandschef der Innungskrankenkasse Brandenburg und Berlin, im vergangenen Jahr 113.353 € kassiert haben – 17.672 € mehr als 2003. Ebenfalls mehr Geld gab es für die Chefs des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen (BKK) – ihre Gehälter stiegen um 8,5 bzw. 10,5 % auf 215.000 und 175.000 €.

Gehälter also hoch anstatt Beiträge runter? Unionsfraktionsvize Wolfgang Zöllner kritisiert dies als „völlig falsches Signal. Was sollen die Patienten davon halten, wenn für Beitragsenkungen kein Geld

da ist, aber die Kassenvorstände sich die Gehälter erhöhen“, sagte er der „BamS“. Völlig inakzeptabel mag das Verhältnis zwischen Gehältern und Beiträgen deshalb auch für Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sein. Diese fordert schon seit Monaten Beitragsenkungen von den Kassen, haben diese doch mit der Gesundheitsreform Milliardenüberschüsse erzielt. BKK-Verbandsprecher Florian Lanz verteidigte die Gehaltserhöhung der beiden Vorstände jedoch mit dem Hinweis, dass diese im September 2003 erfolgt sei, also noch vor der Reform. Reichlich missglückt ist dagegen der Rehabilitationsversuch der IKK Berlin-Brandenburg. Eine Sprecherin rechtfertigte die Gehaltserhöhung von Kreuz mit einem Leistungsbonus für erreichte Ziele im Jahr 2004. Die Versicherten jedoch bekamen für ihre Belastungen im Zuge

der Reform keinen Bonus – ihr Kassenbeitrag blieb mit 14,5 % auf konstant hohem Niveau. Eher bescheiden gestalten sich die Bezüge der Kassen-

ANZEIGE



Rund um die
Modellherstellung
die Nr.1!

Tel.: 0 22 67 - 65 80 - 0 • www.picodent.de

vertreter gegenüber denen der Ärztesfunktionäre. So führen die beiden Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) die Gehaltsliste mit einem Bruttojahresgehalt von 260.000 € an.

ZT Politik_2

ANZEIGE



